

CSU will Zahl der sicheren Herkunftsstaaten an Grünen vorbei ausweiten

Stand: 04.01.2020 | Lesedauer: 2 Minuten

Alle Herkunftsstaaten mit Anerkennungsquoten von Asylbewerbern unter fünf Prozent sollen als sicher gelten – das betrifft auch den Maghreb und Georgien. Dies will die CSU mit einem nicht zustimmungspflichtigen Gesetz erreichen.

Die CSU will an den Bundesländern mit einer grünen Regierungsbeteiligung vorbei die Zahl der sicheren Herkunftsstaaten ausweiten. „Seit Jahren blockieren die Grünen“ eine Ausweitung der Liste, heißt es in einem Papier, das die CSU-Landesgruppe im Bundestag auf ihrer Klausur in Seeon beschließen will. Daher solle es ein im Bundesrat nicht zustimmungspflichtiges Gesetz zur Einstufung weiterer sicherer Herkunftsstaaten geben.

Hierfür will die CSU-Landesgruppe eine zusätzliche Liste aller Staaten mit Anerkennungsquoten von unter fünf Prozent erstellen – dies würde unter anderen die Maghreb-Staaten und Georgien betreffen. Auf der Grundlage dieser Liste soll das Aufenthaltsrecht nach der Genfer Flüchtlingskonvention und das Recht auf sogenannten subsidiären Schutz geprüft werden, heißt es in dem Papier zu Sicherheit, Migration und Herkunftsstaaten für die am Montag beginnende Klausur. Über das Vorhaben hatte zunächst die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/f-a-z-exklusiv-wie-die-csu-abschiebungen-erleichtern-will-16564453.html>) berichtet.

In dem Papier, das laut „FAZ“ unter Federführung des CSU-Landesgruppenchefs Alexander Dobrindt entstand, wird auch verlangt, Verstöße gegen das Einreiseverbot hart zu ahnden. „Bei uns gilt die klare Maßgabe: Wer abgeschoben ist, muss draußen

bleiben“, heißt es. Wer gegen ein Einreiseverbot verstoße, müsse „umgehend in Haft“. Dies müsse auch für die Dauer der Prüfung eines etwaigen Asylantrags gelten, was bisher nicht der Fall ist. Die Länder werden aufgefordert, die notwendigen Abschiebehaftplätze bereitzustellen.

Bereits Anfang Dezember waren die Pläne dieses Gesetzesvorhabens aus der CDU (</politik/deutschland/article204178586/Asylrecht-CDU-will-sichere-Herkunftsstaaten-ohne-Bundesrat-ausweiten.html>) bekannt geworden. Thorsten Frei, Vizevorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag, hatte den neuen Weg vorgeschlagen, wie WELT berichtete. „Da unser nationales Grundrecht auf Asyl in der Praxis nahezu bedeutungslos ist, könnten wir die Maghreb-Länder (<https://welt.de/197231173/>) und weitere Staaten als sicher im Sinne der europäischen Asylverfahrensrichtlinie einstufen. Eine solche Einstufung wäre ohne Zustimmung des Bundesrates und damit ohne Mitwirkung der Grünen möglich“, hatte Frei gesagt.

Schleierfahndung ausweiten

Des Weiteren fordert die CSU eine Ausweitung der Schleierfahndung, die in den meisten Bundesländern in einem Bereich von 30 Kilometern mit unterschiedlicher Intensität praktiziert wird. „Wir wollen den Handlungsspielraum für Schleierfahndungen der Bundespolizei auf 50 Kilometer hinter der Grenze ausweiten“, heißt es in dem Papier.

Das hierfür notwendige Personal bei der Bundespolizei solle entsprechend aufgestockt werden. Dabei pochen die Christsozialen jedoch auf einen Ländervorbehalt. Dies würde bedeuten, dass etwa die 2018 geschaffene bayerische Grenzpolizei weiterhin die Schleierfahndung an den Grenzen zu den Nachbarländern ausführen würde.